

Sorgen eines Kontinents : Australien heute

Autor(en): **Molnar, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **49 (1969-1970)**

Heft 11: **Leistungsgesellschaft**

PDF erstellt am: **11.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-162377>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kommentare und Berichte

SORGEN EINES KONTINENTS: AUSTRALIEN HEUTE

Nach dem Aufbruch das Erwachen

Grundfragen der politischen Orientierung

Wie mir kürzlich der indonesische Journalist Mochtar Lubis in Djakarta erklärte, vermögen sich die Australier allem Anschein nach noch nicht darüber schlüssig zu werden, ob sie ihr Land als ein Anhängsel Grossbritanniens, als einen weit in den Pazifik vorgeschobenen Posten der Vereinigten Staaten oder als einen Teil Südostasiens betrachten sollen. Lubis, der aus seinem Patriotismus kein Geheimnis macht, sähe es offenbar am liebsten, wenn sich Australien für die letztgenannte Möglichkeit entscheiden würde, das heisst wenn es grundsätzlich als eine fernöstliche Macht auftreten und die ganze Verantwortung übernehmen würde, die eine solche Konzeption mit sich bringt. Ein hoher Beamter des Aussenministeriums in Canberra erzählte mir zwar von der Hilfe Australiens an Indonesien und wies mit sichtlicher Befriedigung darauf hin, dass seine Regierung diese Hilfe nicht einmal während den Jahren der «Konfrontationspolitik» Sukarnos einstellte, zu einer Zeit also, da die «Ausies» in mehreren Teilen des Archipels gegen indonesische Truppen kämpften. Dies lässt darauf schliessen, dass Australien sich als ein Teil dessen fühlt, was manche als die «pazifische Gemeinschaft» bezeichnen.

Freilich herrscht ein solches Gefühl nur bei einer Minderheit der Australier vor. Diese zeigen sich über den Rückzug der angelsächsischen Mächte aus dem südostasiatischen Raum in zunehmendem Masse beunruhigt. Zuerst galt ihre Sorge dem offenbar unwiderrufflichen Abzug Gross-

britanniens aus den Gebieten «östlich von Suez»; in jüngster Zeit gilt sie dem zwar zögernden, aber heute so gut wie beschlossenen Zurückweichen der Vereinigten Staaten hinter eine Verteidigungslinie, deren Verlauf noch niemand genau kennt.

Man kann den Australiern keinen Vorwurf daraus machen, dass sie sich nicht sozusagen von einem Tag auf den andern zu einem neuen «asiatischen» Bewusstsein durchdrangen. Das riesige, einen ganzen Kontinent umfassende Land mit nur zwölf Millionen Einwohnern scheint seine Hauptaufgaben gelöst zu haben: Von Perth im äussersten Westen bis Darwin an der Nordspitze und wieder zurück bis zum prosperierenden Städtedreieck Sydney–Canberra–Melbourne im Südosten zeigt sich überall stetiger Fortschritt und allgemeiner Wohlstand. Auch besteht kaum noch irgendein Minderwertigkeitskomplex gegenüber der westlichen Welt – einer Welt, welcher sich das in allen Richtungen wachsende, freundliche und wohlhabende Sydney mit Recht als vollwertiges Mitglied zugehörig fühlt. Besonders heute, da die Rohstoffpreise auf allen Weltmärkten fallen, halten die Australier mit Stolz und Befriedigung fest, dass ihr Land nicht mehr auf den Export von Wolle und Holz angewiesen ist. Eine viel wichtigere Rolle spielen die Produktion und die Ausfuhr australischer Industrieerzeugnisse. Die Eingeborenen wurden zahlenmässig derart reduziert, dass heute kein Rassenproblem mehr besteht. Die Regierung möchte möglichst bald das Mandat über die östliche Hälfte Neuguineas aufgeben und hofft, es lasse sich im

Verlauf der siebziger Jahre in den Status der vollen Unabhängigkeit umwandeln. Natürlich weiss jedermann, dass dieser Schritt übereilt ist. Aber die Regierung in Canberra möchte auf keinen Fall zuwarten, bis ihr die schon heute unter den Papuas recht rührige Agitation in den Vereinten Nationen Unannehmlichkeiten bereitet.

Eine «Festung Australien»?

Noch vor kurzem sah man in Australien gelassen der Zukunft entgegen, die man ganz aus eigenen Kräften zu gestalten hoffte. Das Australien von heute hingegen, dem ich auf meinem letzten Besuch begegnete, ist nicht mehr das Land der in politischer Isolation verharrenden Antipoden. Man sollte die Situation zwar noch keineswegs als beunruhigend bezeichnen, aber der bevorstehende amerikanische Rückzug hat doch die Gemüter erregt und einige Fragen aufgeworfen: Wie weit gedenken die USA ihre Verteidigungslinie zurückzunehmen? Wird sie im schlimmsten Fall gar hinter die Philippinen zu liegen kommen? Wird Australien in ein neues Verteidigungsdispositiv einbezogen sein? Auf jeden Fall führte die neue amerikanische Verteidigungspolitik den Australiern plötzlich die ungeschützte Lage ihres Landes gegenüber dessen nächsten und entfernteren Nachbarn vor Augen. Es ist eine unbestrittene Tatsache, dass noch keine australische Regierung jemals an die Möglichkeit dachte, das Land könne sich – einem im Dunkeln verirrtten Kind vergleichbar – ausschliesslich auf sich selbst und seine eigenen Hilfsmittel angewiesen sehen. Angesichts der neuen Lage wurde bereits der Begriff von der «Festung Australien» geprägt.

Ich hielt mich gerade zu der Zeit in Australien auf, als dort die Diskussion über eine zweckmässige Alternativlösung, die sogenannte «Vorwärtsverteidigung», einsetzte. Unter normalen Umständen wäre dies eine Frage von nationaler Bedeutung, die unter den gewöhnlich nüchternen und besonnenen Parlamentariern und in den

gebildeten Kreisen der Öffentlichkeit erörtert würde. In dieser Hinsicht gleicht Australien sehr stark dem England früherer Zeiten, wo keine schrillen Anklagen ertönten, keine *ad hominem*-Argumente laut wurden und keine unbeherrschten Leidenschaften zum Ausbruch kamen. Wenn die Dinge heute anders liegen, so ist dies der Persönlichkeit des neuen, seit Ende 1967 amtierenden Premierministers Gorton zuzuschreiben. Dieser hat sich nämlich, was niemand voraussehen konnte, zu einem unberechenbaren und möglicherweise gefährlichen Faktor entwickelt, ein Umstand, der die heute erforderliche sachliche Auseinandersetzung mit der völlig neuen Lage des Landes erschweren könnte.

Fragen um Premier Gorton

Premierminister Gortons Liberale Partei vertritt zusammen mit ihrem Verbündeten bei den Parlamentswahlen, der Landpartei, das Establishment. Ihnen gegenüber steht die Labour Party (ALP), die in zunehmendem Masse von den mit dem Kommunismus liebäugelnden Gewerkschaften beherrscht wird. Dank dem zwar langsamen, aber doch allgemein verbreiteten Linkskurs der Massenmedien und der Universitäten gewinnt die Partei stets an Popularität. (Mindestens so eifrig wie die Europäer ahmen die Australier die amerikanischen Vorbilder nach, handle es sich nun um intellektuelle Modeströmungen oder um Studentenunruhen.) Die Liberale Partei ist schon seit Jahren an der Macht. Dies verdankt sie vor allem der Democratic Labour Party (DLP), die sich 1957 von der ALP abspaltete und leidenschaftliche Anklage gegen die Duldung der Kommunisten in der Mutterpartei erhob. Obwohl die DLP klein ist und jeweils nur rund zehn Prozent der gesamten Wählerschaft für sich mobilisieren kann, verstand sie es bisher doch regelmässig, ihre Anhänger zu veranlassen, ihre Zweit- oder Präferenzstimmen den Parteien der Regierungskoalition zu geben. Als Ergebnis dieser de facto Drei-Parteien-Koalition von Liberalen,

Landpartei und DLP errangen die Liberalen stets eine sichere Mehrheit.

Unter den Regierungen Menzies und Holt bewährte sich dieses System, und die Premierminister hüteten sich wohlweislich davor, die Stimme der DLP zu missachten. Nebenbei gesagt, hört die DLP ihrerseits vor allem auf den ehemaligen Labour-Politiker und militanten Katholiken Santamaria, den Sohn italienischer Einwanderer. Diese höchst eindruckliche Persönlichkeit verfügt, wenn man so will, über ein gewisses Charisma und vereinigt einen hervorragenden Intellekt mit einem ganz aussergewöhnlichen Organisationstalent. Nicht zuletzt seinem systematischen Antikommunismus ist es zuzuschreiben, dass die australische Politik vor einem abenteuerlichen Linkskurs bewahrt blieb.

Der ehemalige Führer des Senats und heutige Premierminister Gorton stellt zur Zeit einige der unter der «neuen Generation» der Ministerpräsidenten – handle es sich nun um Trudeau in Kanada, Olaf Palme in Schweden oder selbst Willy Brandt – modischen Züge zur Schau: Er gefällt sich als ein «swinging» Premierminister, gebärdet sich nonkonformistisch und fühlt sich nicht dem Establishment verpflichtet, eine Verhaltensweise, die sich angesichts seiner politischen Stellung eigentlich paradox ausnimmt. In innenpolitischen Belangen scheint er auf eine Linkschwenkung zu tendieren, um Labour auf dem Gebiet des staatlichen Wohlfahrtswesens den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auf dem Gebiet der Aussenpolitik neigt er zu einem Abbau der Verbindlichkeiten in Südostasien, wo Australien in seiner Eigenschaft als Mitglied des Commonwealth noch immer gewisse Verpflichtungen zu erfüllen hat, namentlich gegenüber Malaysia und Singapur. Und möglicherweise war es auch Gorton, der seinen früheren Aussenminister Gordon Freeth veranlasste, im letzten August, also nur drei Monate vor den Parlamentswahlen, die Absicht der Regierung bekanntzugeben, Sicherheitsprobleme im Indischen Ozean mit der – Sowjetunion zu besprechen!

Die letzten Novemberwahlen wurden durch die Liberale Partei gewonnen, allerdings mit einem knapperen Vorsprung als in früheren Wahlgängen. Plötzlich scheint das bis anhin so festgefügte Gebäude der australischen Politik in Bewegung zu geraten. Auch die Führer der DLP hegen nun gewisse Zweifel darüber, ob es sich immer noch empfehle, der von Gorton geführten Koalition ihre Unterstützung zu leihen. Natürlich liegt zur Zeit überhaupt noch keine Alternative vor, denn eine Wiederannäherung der kleinen und selbstbewussten DLP an die Mutterpartei ALP steht heute völlig ausser Diskussion. Das überraschend gute Abschneiden Labours in den letzten Wahlen hat die Stellung Whitlams, des gemässigten Führers der ALP, in den Reihen seiner eigenen Partei geschwächt. In parteiinternen Auseinandersetzungen zeigt er sich heute gegenüber den draufgängerischen, von den Gewerkschaften unterstützten Exponenten des linken Flügels recht nachgiebig.

Beunruhigende Entwicklungen

Die gegenwärtige innenpolitische Ungewissheit entspringt nicht einem Missbehagen über innenpolitische Probleme, sondern sie geht auf aussenpolitische Überlegungen zurück, namentlich auf die widersprüchlichen Interpretationen der Situation des an den wichtigsten Seerouten zwischen dem Pazifik und dem Indischen Ozean gelegenen Landes. Wie in anderen Teilen der Welt, beispielsweise in Ost- und Südafrika, zwingt auch in dieser Region der unaufhaltsame Rückzug der Vereinigten Staaten viele Länder, ihre strategischen Pläne neu zu überdenken. Diese beruhen bisher auf der als selbstverständlich betrachteten Annahme, dass Washington ihnen Schutz und Hilfe gewähren werde. Kürzlich gestand zum Beispiel Gorton anlässlich einer Unterredung mit Santamaria zu, dass Australien im Falle eines Angriffs von aussen – er operierte mit der Hypothese eines kommunistisch regierten Indonesien – nur während sechs Monaten Widerstand leisten könne; danach «wür-

den die Amerikaner zu unserer Rettung herbeieilen».

Gortons politische Gegner verwahren sich gegen diese Art von Fatalismus. Nach ihrer Ansicht sollte Australien sofort ein weitsichtiges Rüstungsprogramm entwickeln – bis jetzt hat es die Regierung Gorton übrigens abgelehnt, den Atomsperrvertrag zu unterzeichnen –, um bis Ende der siebziger Jahre der neuen Lage gewachsen zu sein. Bis zu jener Zeit wird aller Voraussicht nach der kommunistische Druck erheblich zunehmen. Sie verweisen auf die Tatsache, dass das Land nicht nur unterbevölkert ist, sondern dass auch der grösste Teil seiner zwölf Millionen Einwohner im geschützten Südosten lebt. (Die Flugzeit von Sydney nach Djakarta, der nächsten asiatischen Hauptstadt, beträgt sieben Stunden und entspricht damit der Flugzeit von New York nach Paris.) Der Indonesien am nächsten gelegene Nordwesten ist daher sehr exponiert, menschenarm und kaum zu verteidigen. Ferner muss man sich vor Augen halten, dass zahlreiche australische Erzvorkommen – eine *conditio sine qua non* für das wirtschaftliche Gedeihen des Landes – ebenfalls in dieser von den wichtigsten Städten weit entfernten Gegend liegen. Sollten somit Vietnam und möglicherweise auch andere Länder des einstigen Indochina unter kommunistische Herrschaft geraten, wäre Indonesien die einzige Verteidigungszone zwischen diesen Gebieten und Australien. Nun ist aber Indonesien ein innenpolitisch nicht gefestigtes und unterentwickeltes Land. Es lässt sich militärisch kaum verteidigen, da sich der Inselstaat zwischen Sumatra und West-Irian über eine Länge erstreckt, die der Distanz zwischen New York und London entspricht. Wie ein Freund in Djakarta feststellte, bedarf Indonesien zwar der australischen Wirtschaftshilfe; aber Australien ist in seinen strategischen Zukunftsplänen noch viel dringender auf Indonesien angewiesen.

Es ist somit verständlich, dass die Schlagzeilen der australischen Morgenzeitungen ihren Lesern recht häufig von den

neuesten sowjetischen Bewegungen in den umliegenden Gewässern berichten. Bemerkenswerterweise hört man hier, im Gegensatz zu Europa und den Vereinigten Staaten, viel weniger von China und der chinesischen Gefahr als von den jüngsten diplomatischen oder militärischen Massnahmen der Sowjetunion. Wer auch immer hier die kommunistische Gefahr erwähnt, meint vor allem Sowjetrussland und erwähnt Rotchina nur am Rande. Dies erscheint namentlich für den Fall Australiens als begründet. Hier empfindet man es als besonders beunruhigend, dass zur Zeit sowjetische Unterseeboote entlang den beiden für den Handel und die Verteidigung Australiens lebenswichtigen Routen Stellung beziehen. Die eine verbindet die USA mit Japan, die andere verläuft zwischen Japan und Australien. In zahlreichen australischen Verlautbarungen aus jüngster Zeit wird dringend auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Seewege zu schützen, auf denen australisches Erz, namentlich solches aus den intensiv ausgebeuteten Nickelminen, nach Japan transportiert wird. Japan und Australien bilden aber nur zwei Spitzen eines potentiellen Verteidigungsdreiecks, dessen dritte Spitze, Südostasien, schwach und leicht verwundbar bleibt.

Es gilt als feststehende Tatsache, dass die Sowjetunion im Verlauf der nächsten Jahrzehnte im südostasiatisch-australischen Raum einen stets wachsenden Einfluss geltend machen wird. Unlängst ist Moskau mit dem Angebot eines südostasiatischen «Sicherheitspaktes», nach dem Muster eines ähnlichen, Europa betreffenden Vorschlages, hervorgetreten. Es lässt sich heute noch kaum sagen, welche Aufnahme diese Offerte Russlands in den geographisch unmittelbar betroffenen Ländern um das Südchinesische Meer finden wird. Sicher ist, dass Vietnam den Schlüssel zu diesem asiatischen «Mittelmeer» bildet.

Grosse Stabilität im Innern

Immerhin wirkt die Tatsache beruhigend, dass die australische Gesellschaft relativ

geschlossen und stabil ist, sich nicht leicht zu Abenteuern verleiten lässt und ihre Entscheidungen behutsam abwägt. Während beispielsweise die meisten «angelsächsischen» Staaten – Grossbritannien, die Vereinigten Staaten, Kanada – und natürlich alle Commonwealth-Staaten in Afrika und Asien von Unzufriedenheit, Aufruhr, Streiks und Protestbewegungen aller Art erschüttert werden, ist Australien bisher davon ziemlich unberührt geblieben. Die auf geradezu groteske Weise den amerikanischen Vorbildern folgenden Studentenunruhen bleiben verhältnismässig begrenzt und lassen sich in Schranken halten. Ja sie treffen – heutzutage fast ein Wunder – auf den Widerstand der Universitätsbehörden und Dozenten. Die wenigen Streiks vermögen die wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht zu beeinträchtigen, denn die Regierung, die ihre Handlungsfähigkeit noch nicht durch Unentschlossenheit und ängstliche Rücksichtnahmen aller Art verloren hat, legt sie unter dem Druck der öffentlichen Meinung jeweils schnell bei. Die Massenmedien, einschliesslich das Fernsehen, befeissen sich eines gewissen Anstandes, und die Zensur wird mit Verstand ausgeübt, ganz in Übereinstimmung mit der inneren Zurückhaltung, welche die Australier, ungeachtet ihres Rufes als eines derben und etwas primitiven Volkes, auszeichnet.

Alles in allem fällt in Australien, das vor genau zweihundert Jahren als Sträflingskolonie gegründet wurde, eine etwas altmodisch anmutende Lebensweise

auf. Dennoch wird das Land nicht hinter der modernen Entwicklung zurückbleiben. In Sydney empfängt den Besucher eine recht internationale Atmosphäre – eine Mischung von Londons Ernsthaftigkeit, San Franciscos Hafenbetrieb und New Yorks Greenwich Village zur Zeit vor der Obszönitätenwelle; einige Anklänge an Chicago, Paris und Johannesburg vervollständigen den Gesamteindruck. Die Hauptstadt Canberra ist eher eine Gartenstadt; die öffentlichen Gebäude und Botschaften sind, ähnlich wie in Washington, deutlich von den Wohnvierteln getrennt. Melbourne, eine der flächenmässig grössten Städte, aber in mancher Hinsicht immer noch eine Kleinstadt, ist die finanzielle Hochburg und die Heimat der ältesten Familien und grössten Vermögen.

Als die anziehendste Stadt möchte ich das in vollem Aufschwung begriffene Perth an der Westküste bezeichnen. Es bildet den finanziellen und industriellen Schwerpunkt eines neuen Australien. Die Flugzeit nach Sydney beträgt fünf Stunden! Diese Stadt sagt mehr über das Land und seine Zukunft aus als die älteren und grösseren Städte an der Südostküste. Sie erweckt den Eindruck einer nicht aufdringlichen, sondern gelassenen Selbstsicherheit und ist stolz auf ihre Fähigkeit, die Wüste nutzbar zu machen, ohne dabei die Natur zu zerstören. Hier verbindet sich amerikanische Dynamik mit der – alten – britischen Art, die Dinge anzupacken und zu einem glücklichen und massvollen Ganzen zu führen.

Thomas Molnar

BIAFRA, ISRAEL, DEUTSCHLAND

Das Ende des Bürgerkrieges in Nigeria bedeutet das Scheitern eines mit untauglichen Mitteln unternommenen Versuches, die einst von den Kolonialmächten auf dem Schwarzen Kontinent gezogenen Grenzen zu verändern und an ihre Stelle logischere, den ethnischen Gegebenheiten entsprechende Staatsgebilde zu schaffen.

Allein die Tatsache, dass sich die hauptsächlich vom *Ibo-Stamm* bewohnte Ostprovinz Nigerias, Biafra, über zweieinhalb Jahre lang gegen die Übermacht der Bundesstruppen zu behaupten vermochte, ist der beste Beweis für die Lebensfähigkeit eines Ibo-Staates. Der Anspruch auf Eigenständigkeit, den sich Biafra mit sei-